# Presseinformation der SPD-Landtagsfraktion

Kiel, 14.09.2007

**Landtag aktuell**

**Es gilt das gesprochene Wort!**
**Sperrfrist: Redebeginn**

**TOP 42 – Sprachförderung (Drucksache 16/1463)**

**Dr. Henning Höppner:**

**Nicht nur Migranten haben Sprachprobleme**

Nach PISA 2003 liegt die Lesekompetenz der 15-jährigen Schülerinnen und Schüler in Deutschland zu rund 25 % lediglich auf Kompetenzstufe 1 oder noch darunter. Und mit dem langfristigen Resultat dieses Befundes können wir uns zurzeit in einer kleinen Ausstellung im ersten Stock auseinandersetzen, dass nämlich in Deutschland rund vier Millionen erwachsene Menschen leben, die die elementaren Kulturtechniken des Lesens und des Schreibens nicht beherrschen.

Das ist nicht ausschließlich, aber doch in einem hohen Maß ein **soziales Problem**. Wir wollen heute nicht über schwere Fälle der Legasthenie reden, die nicht schichtenspezifisch ist. Es geht um die Frage, wie wir mit Kindern und Jugendlichen umzugehen haben, die mit so geringen Deutsch-Kenntnissen in unser Bildungssystem kommen, dass sie dem Unterricht nicht folgen können.

Das ist zum einen natürlich ein Problem von Kindern aus nichtdeutschen Familien, bei denen zu Hause nicht Deutsch gesprochen wird, es ist aber ebenso ein Problem von Kindern aus ethnisch deutschen Familien, deren Eltern nicht in der Lage oder nicht bereit sind, die deutsche Sprache an sie weiterzugeben, weil sie sie häufig selbst nur sehr unvollkommen beherrschen.

Herausgeber:
SPD-Landtagsfraktion
Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel
Tel: 0431/ 988-1305/1307
Fax: 0431/ 988-1308

E-Mail: pressestelle@spd.ltsh.de
Internet: www.spd.ltsh.de

Der beste Fall ist es natürlich, wenn Eltern und Kinder gemeinsam angesprochen werden können. In Hamburg gibt es das Projekt „family literacy“, das gleichzeitig mit kleineren Kindern und ihren Müttern an Sprachdefiziten arbeitet.

Der Bericht der Landesregierung stellt die verschiedenen Instrumente der Sprachförderung im vorschulischen Bereich und an den Schulen dar. Wir haben im neuen Schulgesetz die Teilnahme an den Maßnahmen der **Sprachintensivförderung (SPRINT) verpflichtend** gemacht, wenn festgestellt wurde, dass ein Kind sprachliche Defizite aufweist. Die Feststellungsmethodik wurde in letzter Zeit erheblich verbessert.

In dieser Legislaturperiode wird das Land insgesamt **27 Millionen Euro für die schulische Sprachförderung** bereitstellen, ab 2008 sind es jeweils 6 Millionen Euro.

Rund 10 %, ziemlich genau ein Zehntel der eingeschulten Kinder, werden in SPRINT-Maßnahmen gefördert; die Tendenz ist steigend. Die Streuung ist regional hoch und korrespondiert, aber nur teilweise, mit dem Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund. Knapp zwei Drittel aller eingeschulten jungen Migranten nehmen am SPRINT-Programm teil. In Kiel sind es fast 90 %, in Steinburg nur ein Drittel.

In den Tabellen, die dem Bericht beigefügt sind, verfestigen sich besonders hohe Bedarfe nicht. Im Schuljahr 2005/06 nahmen in Lübeck 17 % der eingeschulten Kinder an SPRINT teil, im Folgejahr waren es nur noch 9 %.

Die Durchführung dieser Maßnahmen verlagert sich immer mehr weg von der Schule in die **Kindertagesstätte**, weg von den Lehrkräften hin zu den Erzieherinnen. Die Trägerstruktur ist uneinheitlich, meist sind es die Schulämter, in drei Kreisen dominieren die Volkshochschulen.

Ich finde es beruhigend, dass die Mittel zum allergrößten Teil – nämlich 93,4 % - für Personalkosten ausgegeben werden und nur 2,3 % für die Beförderung der Kinder und die Reisekosten der Lehrkräfte.

Die Sprachheilpädagogik findet in den Förderzentren und für besonders schwierige Fälle weiterhin im Landesförderzentrum mit Internatsbetrieb in Wentorf und in der teilstationären Maßnahme „LautStark“ in Meldorf statt.

Die Sprachförderung für Kinder mit einer anderen Muttersprache – dazu gehören auch viele Spätaussiedler – ist Kernaufgabe der Schulen im Rahmen des Förderkonzeptes. In den meisten Kreisen existieren Zentren für Deutsch als Zweitsprache.

Abschließend danke ich dem Bildungsministerium und seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für den Faktenreichen bericht, den wir im Bildungsausschuss weiter erörtern sollten.